

## **Rede des umweltpolitischen Sprechers**

Rainer Deppe

am 19. Februar 2014

### **Plenum, TOP 12:**

## **Perspektiven der Jagd in Nordrhein-Westfalen – vertrauensvolle Zusammenarbeit von Landesregierung und Jägern erforderlich**

**Antrag der CDU-Fraktion**

**Drucksache 16/5044**

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Der Minister ist nicht anwesend; das ist schon ein starkes Stück. Er ist der Minister für den ländlichen Raum und damit auch der für die Jagd zuständige Minister. Und genau vor einer Woche betitelt er hier im Haus den Präsidenten des Landesjagdverbandes mit den Worten: schäbig und unehrenhaft.

Als ich ihn aufgefordert habe, diese Worte zurückzunehmen, hat er sie bestätigt. Ich sage Ihnen: So geht das nicht! So kann die Landesregierung nicht mit den 80.000 Jägerinnen und Jägern in Nordrhein-Westfalen umgehen.

Um Ihnen mal die Größenordnung vor Augen zu führen: Das sind sechsmal mehr Menschen, als die Grünen überhaupt Mitglieder haben.

Es stehen hier Behauptungen im Raum, die der Minister geraderücken sollte – wenn er denn mal hier wäre. Die Betroffenen wollen wissen, was Herr Remmel und nicht irgendein Beamter des Hauses im Jagdrecht wirklich im Schilde führt. Seit 2010 lässt die Landesregierung die Menschen im Unklaren.

Bis zur Wahl 2012 blieb es bei Andeutungen. 2013 war Bundestagswahl. Da wollten Sie nichts sagen. Jetzt, 2014, sind Kommunalwahlen. Da wird wieder bis zum Wahltag geschwiegen – und das böse Erwachen gibt es nach der Wahl.

Das ist bei der Inklusion so, das ist beim LEP so, und das ist beim Jagdgesetz so.

Am 25. Mai sind wichtige Wahlen. Da gehört es sich, vorher zu sagen, was man macht, und nicht hinterher.

Sie denken, es geht nur um die Jäger. Da täuschen Sie sich. Betroffen sind alle Menschen im ländlichen Raum. Die Landwirte haben Angst vor der Schweinepest. Die Waldbauern befürchten Wildschäden. Angler beklagen sich, dass Sie tatenlos der Ausrottung von Rote-Liste-Arten durch den Kormoran zusehen. Bodenbrüter gibt es immer weniger. Hundehalter haben Furcht vor der Fuchsräude. Gartenbesitzer sind fassungslos, wenn Wildschweine in einer Nacht ihren Garten umpflügen. – Und Sie reden ständig von Dialog. – Regen Sie sich nicht so auf! Die Wahrheit muss ja mal auf den Tisch. – Ihr Handeln, Herr Remmel, ist genau das Gegenteil.



**Es gilt das gesprochene Wort!**

Das Weihnachtsbaumgesetz ziehen Sie durch, noch während Sie mit den Waldbauern über eine Zertifizierung sprechen.

Die Fischer führen mit Ihnen jetzt im dritten Winter Endlosdiskussionen über den Schutz der Fischbestände vor dem Kormoran.

Seit 2010 werden die Jäger im sogenannten Arbeitskreis Jagd und Natur beschäftigt. Ergebnisse gibt es nicht.

Sie sprechen von Dialog, doch in Wahrheit entscheidet am Ende immer der grüne Minister. So war es bisher, und so wird es bleiben.

Die Menschen im ländlichen Raum wollen jetzt Klarheit. Halten Sie nicht weiter mit Ihren wahren Absichten hinter dem Berg! Sagen Sie hier und heute endlich, was Sie vorhaben, also vor der Wahl und nicht erst danach!

## **2. Wortmeldung Rainer Deppe zum selben TOP:**

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Herr Meesters, Sie haben nichts zum Inhalt gesagt und zu keiner einzigen Frage Stellung genommen.

Frau Grochowiak-Schmieding hat nichts gesagt, und Herr Remmel hat auch nichts gesagt. Hier wird verheimlicht, worum es geht.

Ich will die zentrale Frage aufrufen, die wir Ihnen immer wieder gestellt haben – auch im Ausschuss haben Sie sie nicht beantwortet –: Behalten wir eine flächendeckende Jagd und Tierseuchenbekämpfung, oder bekommen wir einen Flickenteppich?

Am 25. August 2012 haben Sie, Herr Remmel, auf dem Landesjägertag den Eindruck erweckt, Sie stünden zur flächendeckenden Jagd. Im Redemanuskript steht – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – genau das Gegenteil: Das vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Juni verkündete Urteil zur Frage der zwangsweisen Bejagung von Grundflächen unterstreicht die Notwendigkeit, dass wir eine Lösung für solche Grundeigentümer brauchen, die die Jagd aus ethischen Gründen ablehnen.

Im Bundestag beschließen alle Fraktionen außer den Grünen die Ergänzung des Bundesjagdgesetzes, um den befürchteten Flickenteppich zu verhindern. Anfang 2014 – um diesen Vorgang geht es als Auslöser – werden Überlegungen aus Ihrem Hause publik, mit welchen Umgehungen man trotzdem diesen Flickenteppich schaffen könnte. Gleichzeitig wird bekannt: Die Landesregierung – hören Sie bitte zu – registriert seit Juli 2013 in ganz Nordrhein-Westfalen jeden einzelnen Antrag zum Flickenteppich. Herr Minister, warum machen Sie das? Stellen Sie hier und heute klar, was Sie wollen. Über diese Frage reden wir hier. Darauf geben Sie keine Antwort.